

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik der Fraktion DIE LINKE. übermitteln wir euch aktuelle Informationen zu verschiedenen kommunal relevanten Themen aus EU, Bund, Ländern und Kommunen. Wie immer nehmen wir sehr gern weiterführende Hinweise oder Verbesserungen zur Gestaltung des Kommunal-Newsletters entgegen. Um möglichst Viele zu erreichen, wären wir euch auch dankbar, wenn ihr den Kommunal-Newsletter weiter verschicken oder empfehlen würdet. Bereits erschienene Ausgaben können bei uns angefordert werden.

Mit freundlichen Grüßen
Katrin Kunert (MdB), Petra Brangsch, Felicitas Weck und Manfred Klaus

D i e I n h a l t e

- 1. Bundesweite Konferenzen der Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE.**
- 2. Parlamentarische Initiativen**
- 3. Themen**
 - 3.1. Demokratie**
 - 3.2. Daseinsvorsorge**
 - 3.3. Kommunalfinanzen**
 - 3.4. Kinder und Jugend**
 - 3.5. Soziales und Gesundheit**
 - 3.6. Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung**
 - 3.7. Umwelt und Verkehr**
 - 3.8. Ländlicher Raum**
- 4. Veranstaltungen**
- 5. Veröffentlichungen**
- 6. Personalien – Linke Mandate**
- 7. Kontakte**

1. Bundesweite Konferenzen der Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE.

14. Juni 2008 - 11.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Ohne Entmachtung der Konzerne wird es keine Energiewende geben

Energiapolitische Konferenz, Regionalverbund Ruhr, Kronprinzenstraße 35, Essen

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7771873190.pdf>

18. Juni 2008 – 11.30 Uhr bis 15.00 Uhr

Betriebsrätekonferenz Löhne rauf! Beschäftigte stärken! Massenentlassungen verhindern!

Lohndumping abwehren!

Nürnberg, Kulturzentrum Langwasser

2. Parlamentarische Initiativen

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu den Auswirkungen der Regelungen durch das Vertragsarztrechtsänderungsgesetz auf die ärztliche Versorgung

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/082/1608291.pdf>

Entschließungsantrag der Linksfraktion zum Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/084/1608413.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Reaktivierung der Bahnstrecke zwischen Hof und Saalfeld

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/085/1608561.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zum Leistungsniveau der Rente bei der gesetzlichen Rentenversicherung und der sogenannten Riesterrente

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/086/1608634.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu den Qualitätsstandards im öffentlichen Nahverkehr – Umsetzung der EU-Verordnung (EG) N. 130/2007

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/086/1608635.pdf>

Entschließungsantrag der Linksfraktion zum Pflege-Weiterentwicklungsgesetz

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/085/1608527.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu den Konsequenzen des Ausbildungsbonus

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/086/1608628.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu Frauen- und Kinderschutzhäusern in Deutschland

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/086/1608651.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu den Eckpunkten des BMAS und der BA für kooperative Jobcenter

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/086/1608656.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu den Vorleistungen von Trägern von Beschäftigungsmaßnahmen im Bereich des SGB II und SGB III

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/086/1608659.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu den Modellpfllegestützpunkten

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/086/1608665.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zum Beratungshilfeschein zur Klärung rechtlicher Probleme im Bereich SGB II

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/086/1608675.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu den Auswirkungen der ersten Stufe der Föderalismusreform (Seite 18-20)

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/086/1608688.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Rechtsextreme Aufmärsche

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/086/1608690.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zur Besteuerung der öffentlichen Hand

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/087/1608710.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Sozialisierung der Verluste verhindern – Sicherungsfonds für privaten Sektor schaffen

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/088/1608888.pdf>

3. Themen

3.1. Demokratie

50. Bürgerbegehren in NRW in Bürgerentscheid erfolgreich

Die in Münster geplante Kultur- und Kongresshalle muss ohne Baukosten-Zuschuss der Stadt auskommen. Das haben die Wähler der Stadt am Sonntag in einem Bürgerentscheid entschieden. 70,9 Prozent der Abstimmenden votierten für ein Bürgerbegehren gegen eine Finanzspritze aus Steuermitteln. Damit war in Nordrhein-Westfalen zum 50. Mal ein Bürgerbegehren im Bürgerentscheid erfolgreich. Die Abstimmungsbeteiligung lag bei 45,1 Prozent. Mit dem Bürgerentscheid haben die Wähler einen Ratbeschluss aufgehoben, laut dem die Stadt den Bau der Musikhalle mit 12 Millionen Euro unterstützen sollte. Eine eigens zum Bau der Halle gegründete Stiftung hatte selbst bereits 10 Millionen Euro für den Neubau gesammelt. Insgesamt soll der Bau 30 Millionen Euro kosten. Mehr Informationen:

Bürgerentscheid in Münster: <http://www.nrw.mehr-demokratie.de/muenster.html>

3.2. Daseinsvorsorge

Leipziger Erklärung von Initiativen gegen Privatisierung

Am Samstag, dem 3.5.2008, trafen sich in Leipzig Vertreterinnen und Vertreter von Bürgerinitiativen gegen Privatisierung öffentlichen Eigentums aus dem gesamten Bundesgebiet. Sie folgten der Einladung von Initiativen aus Berlin, Freiburg, Leipzig und Mülheim an der Ruhr, die unter dem Motto "Privatisierungswahn stoppen" zu einem Vernetzungstreffen eingeladen hatten. Es wurden die Erfahrungen aus 15 Städten ausgetauscht und gemeinsame Ziele und Probleme besprochen. Da sich die "Drehbücher der Privatisierer" an vielen Stellen gleichen, sehen sich die Bürgerinnen und Bürger ähnlichen Problemen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene gegenüber. Als Ergebnis der Beratungen wurde folgende Erklärung formuliert:

<http://www.brangsch.de/partizipation/leipzigererkl.htm>

Kiel will den Nahverkehr zurück

Privatisierungen kommen aus der Mode: Wie Kiel besinnen sich viele Kommunen auf die Vorteile von Dienstleistungsunternehmen in öffentlicher Hand. Sie haben Arbeitsplätze und Abgaben im Blick

Die Stadt Kiel prüft, ihre Verkehrsgesellschaft zurück zu kaufen. Das teilprivatisierte Unternehmen schreibt inzwischen wieder schwarze Zahlen, müsste sich jedoch zum 1. Januar 2011 einer Ausschreibung stellen. Die SPD befürchtet, dass sich ein anderer Bewerber durchsetzen könnte und Arbeitsplätze verloren gingen. Würde die Kieler Verkehrsgesellschaft (KVG) komplett der Stadt gehören, könnte auf eine Ausschreibung verzichtet werden.

<http://www.taz.de/regional/nord/nord-aktuell/artikel/?dig=2008%2F05%2F07%2Fa0011&src=UA&cHash=ed84c89c13>

NRW: Die Angst vor Privatisierung

"Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen wirkt auf die Bürger wie ein rotes Tuch", sagt Daniel Schily, Landesgeschäftsführer der Initiative "Mehr Demokratie".

<http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/politik/2008/5/2/news-43064401/detail.html>

Kommunale Altpapiersammlung vermeidet Gebührensteigerungen

Vor dem Hintergrund zunehmender Zugriffe von privaten Entsorgern auf den Wertstoff Altpapier in Wohngebieten hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) vor einer schleichenden Aushöhlung der kommunalen Entsorgungshoheit durch gewerbliche Abfallsammlungen gewarnt. „Der gezielte Zugriff von Privatunternehmen auf einzelne werthaltige Bestandteile sowohl im Hausmüll als auch insbesondere beim Altpapier bedeutet eine Kommunalisierung der Entsorgungskosten zulasten der Bürger, während die Gewinne privatisiert werden“, sagte der Vorsitzende des Ausschusses für Städtebau und Umwelt des Deutschen Städte- und Gemeindebun-

des, Oberbürgermeister Dr. Peter Braun, Germering, heute bei der Sitzung des Ausschusses in Unterhaching bei München.

http://www.dstgb.de/homepage/kommunalreport/kommunale_altpapiersammlung_vermeidet_gebuehrensteigerungen_haeuserkampf_ist_unsinnig/index.html
<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7773106326.pdf>

Ergebnisse der Umfrage des DStGB und des VKU zu Folgen der Anreizregulierung aus Sicht der Kommunen

Im Auftrag von DStGB und VKU hat PriceWaterhouseCoopers eine Umfrage unter 202 Städten und Gemeinden zur Frage Kooperation oder Ausverkauf der Stadtwerke im Zusammenhang mit der Einführung der Anreizregulierung durchgeführt. Die Ergebnisse liegen nun vor. Insbesondere finanzschwache Kommunen beabsichtigen einen Verkauf von Anteilen.

http://www.pwc.de/fileserver/EmbeddedItem/Stadtwerkestudie.pdf?docId=e55682051452693&componentName=pubDownload_hd

3.3. Kommunal Finanzen

Einführung der Doppik und Kreisumlage

Die Städte, Gemeinden und Landkreise stellen derzeit ihr Rechnungswesen von der Kameralistik auf die Doppik um. Im Zuge der Umstellung kann sich der Ausgleichsbedarf der Kreise erhöhen, wenn die Aufwendungen insgesamt größer sind als die bisherigen Ausgaben. Ein höherer Ausgleichsbedarf hat Auswirkungen auf die Höhe der zu zahlenden Kreisumlage und kann daher eine erhebliche Belastung für kreisangehörige Gemeinden mit sich bringen. Der DStGB hat sich mit den Auswirkungen der Doppik-Umstellung auf die Kreisumlage befasst und in einer Veröffentlichung Lösungsvorschläge unterbreitet, um Doppelfinanzierungen zu vermeiden.

http://www.dstgb.de/homepage/kommunalreport/einfuehrung_der_doppik_und_kreisumlage/doku78_doppik.pdf

3.4. Kinder, Jugend und Familie

„Netzwerke Gesunde Kinder“

Im Land Brandenburg werden die Netzwerke Gesunde Kinder flächendeckend ausgebaut. Bis zum Jahresende wird es 7 Netzwerke geben. Das erste Netzwerk gab es in Lauchhammer in der Niederlausitz. Es ging am 1. Juni 2006 an den Start. Mittlerweile nimmt dort jede zweite Familie das Angebot in Anspruch.

<http://www.nw-gesunde-kinder.de/>

http://www.perspektive21.de/P21_Heft_33_Karpinski_etc.pdf

http://www.aerztezeitung.de/politik_gesellschaft/?sid=493132

Kooperationsvereinbarung zum "Haus der kleinen Forscher" unterzeichnet

Der Landkreis Freiberg hat eine Kooperationsvereinbarung mit dem „Haus der kleinen Forscher“ e. V. Berlin und der Bergakademie Freiberg zur Förderung frühkindlicher Bildung mit Schwerpunkt im naturwissenschaftlich-technischen Bildungsbereich unterzeichnet. Insgesamt werden 38 Kindertagesstätten, die TU und der Landkreis Freiberg ein lokales Netzwerk bilden, um die Kooperation mit dem „Haus der kleinen Forscher“ Berlin mit Leben zu erfüllen. Bestandteil des Projektes ist auch eine Schulung der Erzieherinnen.

<http://www.freiberg-sach->

[sen.de/index.php?ssn=2MSepIHd6dWezxWerNme5V3c5VWevlXa5Rnenl3csl3a2czM2AjM&show=seite&node=7501](http://www.freiberg-sach-sen.de/index.php?ssn=2MSepIHd6dWezxWerNme5V3c5VWevlXa5Rnenl3csl3a2czM2AjM&show=seite&node=7501)

3.5. Soziales und Gesundheit

Deutscher Städte- und Gemeindebund legt umfassendes wissenschaftliches Gutachten zur neuen Form der Arbeitsverwaltung nach dem Sozialgesetzbuch II vor

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat heute in Berlin ein umfassendes rechts- und verwaltungswissenschaftliches Gutachten vorgelegt, wie die Arbeitsverwaltung zwischen Kommunen und Bundesagentur besser, effektiver und dauerhaft organisiert werden kann. Hierzu besteht dringender Handlungsbedarf, nachdem das Bundesverfassungsgericht die bisherige Zusammenarbeit in sog. vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Arbeitsgemeinschaften als unzulässige Mischverwaltung und Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung für verfassungswidrig erklärt und eine Fristverlängerung bis zum 31.12.2010 bestimmt hat.

http://www.dstgb.de/homepage/pressemeldungen/dstgb_modell_zentrum_fuer_arbeit_zfa/index.html

Brandenburg: Volksbegehren zum Sozialticket gestartet

Die Initiatoren der Volksinitiative "Für ein Sozialticket in Brandenburg" haben am 28. April 08 ein Volksbegehren gestartet. Rund 32.400 Brandenburger hatten bis Oktober 2007 für ein verbilligtes Sozialticket unterschrieben, das auch Geringverdienern, Arbeitslosen und sonstige Leistungsempfängern die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen soll.

Am 10. April hatten sich die Regierungsfractionen von SPD und CDU für die Forderungen der Volksinitiative ausgesprochen. Ende Mai muss jetzt der Verwaltungsrat des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) über das Sozialticket entscheiden. Damit die Einführung bis Anfang September nun tatsächlich durchgesetzt wird, haben die Initiatoren der Volksinitiative beschlossen, trotz der positiven Haltung der Regierung das Volksbegehren zu starten.

http://www.rbb-online.de/_nachrichten/politik/beitrag_jsp/key=news7376356.html

<http://www.dielinke-brandenburg.de/politik/aktuell/>

3.6. Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung

Ver- und Entsorgungspreise 2007 - BBU-Preisdatenbank erfasst erstmals Preisveränderungen zum Vorjahr – Starke Ausschläge bei Energie und Wasser

Zwölf von 29 in der aktuellen BBU-Preisdatenbank ausgewerteten brandenburgischen Gasversorger haben zwischen dem 1.1.2007 und dem 1.1.2008 ihre Preise um bis zu 9,5 Prozent erhöht, bei 17 wurde das Gas hingegen um bis zu 8,4 Prozent billiger. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch bei Strom, Fernwärme, Müllentsorgung sowie der Wasserver- und -entsorgung für das Land Brandenburg, Berlin und 17 weitere deutsche Großstädte.

Zwischen den analysierten Städten und Gemeinden und ihren jeweiligen Ver- und Entsorgern gebe es teilweise enorme Unterschiede. „Durch das Sichtbarmachen von Preisveränderungen und Preisdifferenzen wollen wir die Ver- und Entsorger unter Rechtfertigungsdruck setzen“, urteilt Ludwig Burkardt die Ziele der BBU-Preisdatenbank. Gerade auch bei ohnehin schon vergleichsweise teuren Ver- und Entsorgern sei es 2007 zu Preisanhebungen gekommen.

http://web1.bbu.de/publicity/bbu/internet.nsf/index/de_nachrichtenpool.htm?OpenDocument&D3F81D0E393F6C13C125743A0031667C

Nachhaltiger Umgang mit Flächen

Anfang März fand im Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin ein Seminar zu möglichen Lösungsansätzen zum Erreichen der in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes formulierten flächenpolitischen Ziele statt. Die Folien des Einführungsvortrages zum Förderschwerpunkt "Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement - (REFINA)" des Bundesministeriums für Forschung und Bildung sowie einen Seminarbericht zu dieser Veranstaltung befinden sich unter:

<http://www.refina-info.de/de/termine/2008-2statusseminar-hauschild.pdf>

Reduzierung des Flächenverbrauchs in BaWÜ

Die Landesregierung Baden-Württemberg hat im November 2007 ein Strategieprogramm zur Reduzierung des Flächenverbrauchs beschlossen.

Die Pressemitteilung sowie das Eckpunktepapier zum Strategieprogramm befinden sich unter <http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/39745/>

Energetische Stadterneuerung

Unter dem Link <http://www.stadttechnik.de/ese/08-04-07/> stehen die Vorträge der Referenten zur Auftaktveranstaltung des ExWoSt-Forschungsfeldes "Modellvorhaben zur energetischen Stadterneuerung in Städten der Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt" am 7. April im Berlin

Die Beschreibung und den Stand des Projektes findet man unter www.energetische-stadterneuerung.de.

3.7. Umwelt und Verkehr

Nahverkehr: Pinneberg ist vorbildlich

Der Kreis Pinneberg legt seit 15 Jahren seinen Akzent auf Barrierefreiheit im ÖPNV", so Karl-Peter Naumann, Vorsitzender des Fahrgastbeirates. Immer dann, wenn Umbauten an Haltestellen anstanden, sei ein barrierefreier Zugang eingerichtet worden. "Fast 50 Prozent der Haltestellen sind entsprechend ausgestattet, das ist landesweit ein Spitzenwert", so Naumann weiter. Diese Initiative nütze nicht nur Menschen mit Handicaps. Naumann: "Auch die, die einen Kinderwagen, ein Fahrrad oder einen Koffer im Bus transportieren müssen, haben es auf diese Weise leichter."

<http://www.abendblatt.de/daten/2008/02/08/845472.html>

Die Stadt Kassel informiert auf einem neuen Internet-Portal über ihre Umweltpolitik und gibt Bürgern Tipps zum Energiesparen.

Über die Umwelt- und Energiepolitik der Stadt Kassel können sich die Bürger seit Kurzem auf einem neuen Online-Portal informieren. Wie die Stadt berichtet, hält das Internet-Angebot Informationen zu den Themen Abfall, Flächen, Immissionen, Klima und Energie, Mobilität, Nachhaltigkeit und Wasser bereit und beinhaltet alle seit 1998 vom Stadtparlament gefassten Beschlüsse zur Umweltpolitik. Die Bürger erhalten auf der Website außerdem Umwelt- und Energiespartipps sowie Hinweise auf Beratungsangebote. (bs)

<http://umweltportal.stadt-kassel.de/09135/index.html>

3.8. Ländlicher Raum

Bundesweite Befragung zu Breitband gestartet

Um Breitband-Lücken schließen zu können, ist jetzt eine Umfrage in den Kommunen zur Versorgung mit schnellen Internet-Anschlüssen gestartet. Nach Ergänzung um Geodaten soll daraus eine bundesweite Datenbank entstehen.

http://www.kommune21.de/web/de/meldungen,311_1_0_82.5,7537

4 . V e r a n s t a l t u n g e n

16. Mai 2008

Verwaltungsreform in Berlin: zwischen grauer Theorie und lebendiger Praxis. Ein Erfahrungsbericht aus der Innensicht

Veranstalter: Humboldt-Universität zu Berlin, Universität Potsdam und Hertie School of Governance

Ort: Berlin

Info: <http://www.uni-potsdam.de/vpk/>

23. Mai 2008

Kongress "Energieeffiziente Kommune: Strategien, Instrumente, Finanzierung"

Veranstalter: Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) und Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS),

Ort: Berlin

Info:<http://www.dena.de/de/themen/thema-bau/veranstaltungen/veranstaltung/kongress-energieeffiziente-kommune/>

28.-30. Mai 2008

38. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung

Veranstalter: Difu in Zusammenarbeit mit der Stadt Stuttgart

Ort: Stuttgart

Info: <http://www.refina-info.de/termine/termin.php?id=1445>

29.-30. Mai 2008,

Mega-Cities zwischen Boom und Ohnmacht? Stadterneuerung und Stadtumbau in den wachsenden Metropolen des Südens

Veranstalter: Universität Kassel , Fachgebiet Stadterneuerung / Stadtumbau

Ort: Kassel

<http://www.refina-info.de/termine/termin.php?id=1565> (Anmeldeschluss: 12. Mai 2008)

6.Juni 2008

"'Echte' Kommunalisierung von öffentlichen Aufgaben - ein überfälliger Schritt der Staats- und Kommunalreform? Erfahrungen und Lehren aus einem internationalen Vergleich "

Veranstalter: Humboldt-Universität zu Berlin, UNI Potsdam und Hertie School of Governance

Ort: Berlin

Info: http://www.hertie-school.org/content.php?nav_id=1678

12. bis 14. Juni 2008

„Nachhaltigkeit vor Ort“ Konferenz der 100 jüngsten Kommunalpolitiker/innen

Veranstalter: Rat für Nachhaltige Entwicklung

Ort: Berlin

Info: http://www.nachhaltigkeitsrat.de/fileadmin/user_upload/dokumente/termine/2008/12-06_01/RNE_Flyer_Nachhaltigkeit_vor_Ort_12-06-2008.pdf

17.-18.06.2008,

Konferenz "Zuhause in der Stadt - Herausforderungen, Potenziale, Strategien"

Veranstalter: Schader-Stiftung

Ort: Darmstadt

Info: http://www.schader-stiftung.de/docs/programm_zuhause_in_der_stadt_160408.pdf

5 . V e r ö f f e n t l i c h u n g e n

Der standortgerechte Einzelhandel

Ulrich Kuschnerus

2007 ISBN: 978-3-87941-932-6, vhw Verlag

Kurzbeschreibung: Die Zulässigkeit von Einzelhandelsnutzungen und ihre sachgerechte Steuerung durch die kommunale Bauleitplanung wie auch die Landes- und Regionalplanung gehören zu den wichtigsten aktuellen Themen des Städtebaus. Einzelhandel ist ein unverzichtbares Element unserer Städte und Gemeinden. Die Gesetzgeber des Bundes und der Länder haben die sich hieraus ergebenden Herausforderungen erkannt und reagieren mit aktuellen Novellierungen zur Stärkung der Innenentwicklung der Städte sowie der verbrauchernahen Versorgung der Bevölkerung. Entscheidend für einen stadtverträglichen Einzelhandel ist, wo er sich ansiedelt. In den vorliegenden Handreichungen werden daher - vergleichbar den Ausführungen des Verfassers in "Der sachgerechte Bebauungsplan" - die Anforderungen des aktuellen Städtebaurechts an einen standortgerechten Einzelhandel systematisch aufbereitet und ihre praktischen Umsetzungsmöglichkeiten verdeutlicht. Dies geschieht unter Einbeziehung der aktuellen Novellierungen insbesondere des BauGB sowie der grundlegenden, auch jüngsten höchstrichterlichen und obergerichtlichen Rechtsprechung.

Erster kommunaler Bildungsbericht für die Schulstadt Dortmund Stadt Dortmund – Der Oberbürgermeister

Waxmann Verlag 2008 ISBN: 978-3-8309-1971-1

Kurzbeschreibung: Mit dem "Ersten kommunalen Bildungsbericht" betritt die Stadt Dortmund Neuland: Erstmals legt ein Schulträger des Landes Nordrhein-Westfalen eine Analyse zur Lage des Schulwesens in seiner Stadt vor, ergänzt durch eine präzise Erfassung der sozialen Lage seiner Schülerinnen und Schüler und erweitert um einen Tätigkeitsbericht über bisherige Aktivitäten des Schulträgers, der sich sehen lassen kann. Der Bildungsbericht leistet einen wichtigen Beitrag zu einer qualitätsorientierten Weiterentwicklung der Dortmunder Schul- und Bildungslandschaft, aus den Befunden lassen sich Handlungsempfehlungen für Schule und Politik ableiten

„Heuschrecken" im öffentlichen Raum

Public Private Partnership – Anatomie eines globalen Finanzinstruments

Werner Rügemer

März 2008, ca. 160 S., kart., ca. 15,80 €

ISBN: 978-3-89942-851-3

Kurzbeschreibung: Der Autor gibt einen Überblick über den Einzug einer seit wenigen Jahren etablierten Praxis der Profitmaximierung durch Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen. Unser Autor erinnert an die Ursprünge von Privat-Public-Partnership (PPP) im England von »New Labour« mit Anthony Blair an der Spitze. In weiteren Kapiteln werden Einzug und Praxis dieses Enteignungsfeldzuges des Kapitals in Deutschland dargestellt. Am Ende seines Buches legt Rügemer einige Probleme offen, die durch PPP entstanden sind und mit denen linke Politik umzugehen hat.

6 . P e r s o n a l i e n - L i n k e M a n d a t e

Uwe Luksch auf dem Chefsessel

Bereits am 17. Februar 2008 wurde Uwe Luksch zum neuen ehrenamtliche Bürgermeister der Gemeinde Droyßig (Burgenlandkreis) gewählt. Er war bislang Stellvertreter von Bürgermeisterin Ria Theil, die nicht wieder zur Wahl antrat.

Bürgermeister wechselt von CDU zu DIE LINKE

Der Bürgermeister der brandenburgischen Gemeinde Bliesdorf (Märkisch-Oderland) René Krone ist seit dem 1. März dieses Jahres Parteimitglied der LINKEN. Er war bis Juni 2007 in der CDU. Damals hatte Krone der CDU-Kreisvorsitzenden Beate Blechinger, zugleich Brandenburgs Justizministerin, vorgeworfen, nicht genug gegen rechte Tendenzen in der CDU vorzugehen: So habe sie nicht auf den Antrag der Fraktion CDU/Die Rechte in der Kreisstadt Seelow reagiert, eine Straße nach dem bekennenden Nazi und U-Boot- Kommandanten Günter Seibicke zu benennen. Außerdem warf er Blechinger vor, den ländlichen Raum zu vernachlässigen.

7 . K o n t a k t e

Katrin Kunert

Kommunal- und sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag

Tel.: 030 227 74488

Fax: 030 227 76489

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: katrin.kunert.@bundestag.de

Dr. Petra Brangsch

wiss. Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Katrin Kunert

Tel.: 030 227 74490

Fax: 030 227 76489

Funk: 0172 3124439

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: katrin.kunert.ma02@bundestag.de

Dr. Manfred Klaus

Referent für Regional- und Kommunalpolitik

Tel.: 030 227 55110

Fax: 030 227 56413

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: manfred.klaus@linksfraktion.de

Felicitas Weck

Referentin Bund-Länder-Koordination

Tel.: 030 227 52114

Fax: 030 227 56411

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: felicitas.weck@linksfraktion.de